

Editorial

Europas Wirtschaftspolitik am Scheideweg

Die Europäische Union hat sich wirtschaftspolitisch seit ihres Bestehens dem neoliberalen Modell verschrieben. Im Mittelpunkt steht die Schaffung freier Märkte, auch und besonders auf den Finanzmärkten, und die Wirtschaftspolitik konzentriert sich auf Preisstabilität und ausgeglichene öffentliche Haushalte. Doch die Bedingungen für die Fortsetzung und Vertiefung dieses Modells haben sich im Zuge der Finanzkrise wesentlich verschlechtert – ökonomisch, ideologisch und auch politisch.

Ökonomisch wird das Scheitern der neoliberalen Krisenpolitik immer deutlicher. Im siebten Jahr der Krise ist kein Ende absehbar. Im Gegenteil, die Eurozone taumelt bereits zum dritten Mal in diesem kurzen Zeitraum in eine Rezession, und die Wirtschaftspolitik zeigt sich weitgehend hilflos. Am Beginn der Krise stand der Glaube an das theoretische Konstrukt freier, effizienter und wohlstandsschaffender Finanzmärkte. Die Folge war eine tiefe systemische Finanzkrise in den Jahren 2007/08. Seither kommt die Regulierung dieses Sektors nicht ausreichend voran, und die von ihm produzierten Kosten werden in großem Stil der Gesamtwirtschaft aufgehalst. Mit dem raschen Umschwenken auf einen harten Austeritätsweg wurde die zweite Rezession der Jahre 2012/13 von der Wirtschaftspolitik selbst verursacht. Sie beruhte neuerlich auf einer verfehlten ökonomischen Theorie – dem Glauben, restriktive Budgetpolitik würde expansive Effekte in Bezug auf Wachstum und Beschäftigung entfalten können („nicht-keynesianische Effekte“). Zusammen mit der aktiven Lohnsenkungspolitik in den Krisenländern entstanden so jene Kräfte, die die Eurozone nun in eine Deflation getrieben haben. Dieser Prozess ist bereits viel weiter vorangeschritten, als allgemein vermutet, und er ist äußerst gefährlich. Deflation erhöht den realen Wert der Schulden von Haushalten, Unternehmen und Staaten, verhindert so die notwendigen Bilanzrestrukturierungen und führt direkt in eine massive Verschärfung der Problematik fehlender effektiver Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Der Wirtschaftspolitik drohen dabei sehr schnell alle Instrumente zum Gegensteuern auszugehen, wie etwa die Geldpolitik derzeit erfährt.

Gerade für diese schwierigen Problemlagen wurden die Kernforderungen fortschrittlicher Wirtschaftspolitik entwickelt:

- Investitionen in soziale, ökologische und öffentliche Infrastruktur, finanziert durch eine umfassende Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums;

- Regulierung und Verkleinerung des Finanzsektors, um die Krisenanfälligkeit der Marktwirtschaft zu verringern und die Wirtschaftsentwicklung der Realwirtschaft zu begünstigen;
- Neuregulierung der Arbeitsmärkte, die Prekarität zurückdrängt und zumindest eine verteilungsneutrale Lohnentwicklung ermöglicht;
- Verkürzung der Lohnarbeitszeit als erster Schritt zur Ausweitung der Freiheit in der Arbeitsgesellschaft, zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Weiterbildung und zur Erlangung von Vollbeschäftigung.

Denn neben der damit verbundenen Verbesserung der Lebensverhältnisse der breiten Masse, dem Einstieg in eine ökologische Lebensweise und der Verschiebung der Kräfteverhältnisse wäre eine Umsetzung dieser Kernforderungen in der Lage, jene expansiven Effekte auf die effektive Nachfrage zu generieren, welche Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Deflation wirksam bekämpfen könnten.

Die Ausgangsbedingungen für eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik sind mittlerweile objektiv günstig. Das wird spätestens dann deutlich, wenn sich neoliberale Akteure zu partiellen Zugeständnissen veranlasst sehen: Im Juli 2014 überraschten der Chefökonom der EZB Peter Praet und der Präsident der Deutschen Bundesbank Jens Weidmann mit der Forderung nach einer dreiprozentigen Lohnerhöhung in Deutschland. Mittelbar wird damit nichts weniger als die – durch das Schröder-Blair-Papier (1999) angestoßene – Agenda 2010 kritisiert, welche durch die Ausweitung des deutschen Niedriglohnsektors wesentlich für das Zurückbleiben deutscher Löhne verantwortlich ist – und damit für eine der Ursachen der Krise in der Europäischen Union. Tatsächlich bildet der aktuelle Lohnanstieg in Deutschland, gestützt von günstigen Kollektivvertragsabschlüssen und der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes, eine der wenigen verbliebenen Hoffnungen für eine expansive Wende in der Währungsunion. Um die Lohnleitlinie der Produktivitätsorientierung wieder zu erreichen, müssten die Löhne in Deutschland allerdings wohl ein Jahrzehnt lang jährlich um drei Prozent und mehr steigen.

Auch die Fähigkeit des neoliberalen Entwicklungsmodells, weite Teile der Bevölkerung zu erreichen und zu überzeugen, verblasst zunehmend. Die zentralen, im Rahmen der Europäischen Union durchgesetzten neoliberalen Projekte, eine monetaristisch ausgestaltete Wirtschafts- und Währungsunion, die Liberalisierung der Märkte einschließlich jener für Finanzprodukte und die periphere Integration von Süd- und Osteuropa, haben massiv an Ausstrahlungskraft verloren. Nach sechs Jahren Krise stellt sich die Frage, wer noch Vertrauen in die Problemlösungskompetenz von Europäischer Kommission und Europäischem Rat hat? Wer könnte nach den Erfahrungen der letzten

Jahre noch vermuten, dass die Kosten der von Banken und Finanzmärkten ausgelösten Krise verursachergerecht und fair verteilt werden? Welche Arbeitenden glauben noch daran, dass die Finanzmärkte in der Lage sind, eine angemessene Pensionsversorgung zu sichern? Und wer im „Süden“ oder „Osten“, der nicht zur äußerst kleinen Zahl der GewinnerInnen zählt, ist noch der Überzeugung, dass sich die eigenen Lebensbedingungen durch die gegenwärtige Form der Integration in die Europäische Union verbessern werden?

Damit einher geht ein stark gestiegenes Interesse an den Arbeiten fortschrittlicher ÖkonomInnen. Der unglaubliche Erfolg von Thomas Pikettys bahnbrechendem Werk „Capital in the 21st Century“ (2014) belegt dies eindrucksvoll. Er hat verschiedene Gründe. Zum Ersten kommt Piketty aus dem akademischen Zentrum der Wirtschaftswissenschaften, wo er sich mit einflussreichen Artikeln in den führenden Zeitschriften höchste Anerkennung erworben hat. Er symbolisiert damit auch die Abkehr der Wirtschaftswissenschaften vom neoklassischen Fundamentalismus und die Hinwendung zu einer auf umfangreichem Datenmaterial basierenden empirischen Ökonomie, die sich mit Problemen der realen Welt beschäftigt und der Wirtschaftspolitik diskussionswürdige Ratschläge gibt. Piketty steht für Pluralismus in den Wirtschaftswissenschaften, die er in der besten Tradition einer politischen Ökonomie als Teil der Sozialwissenschaften ansieht. Dies ist die Voraussetzung für ihren sinnvollen Beitrag zu den Herausforderungen unserer Gesellschaft.

Zum Zweiten trifft das Werk Pikettys auf ein verbreitetes Unbehagen über die Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen in unseren reichen Gesellschaften. Es wird durch Finanzkrise und europäische Wirtschaftspolitik verstärkt, die auf der einen Seite zu Massenarbeitslosigkeit und Kürzungen im Wohlfahrtsstaat führt, während auf der anderen Seite die Minorität der Superrentiers und Supermanager profitiert. Piketty belegt, wie die Vermögenskonzentration uns wieder in eine Gesellschaft einzementierter sozialer Strukturen des 19. Jahrhunderts zurückzuwerfen droht, in der nicht das Versprechen von Entlohnung nach der Leistung prägend war, sondern Vererbung des Reichtums die soziale Stellung bestimmte. Piketty sieht damit nichts weniger als Freiheit und Demokratie gefährdet.

Führende Intellektuelle Europas schließen sich dieser Diagnose an. Jürgen Habermas etwa spricht in „Im Sog der Technokratie“ (2013) angesichts des Beschlusses des Fiskalpaktes und mit Bezug auf die geplanten Verträge für Wettbewerbsfähigkeit davon, dass diese Politik eine Aushöhlung der Demokratie in Europa zur Folge habe und sich zunehmend eine freischwebende, nicht parlamentarisch gebundene Exekutive herausbilde. Eine Rückkehr zu Marx, ohne den sich die „aktuelle

Entwicklung der modernen Gegenwartsgesellschaften [...] nicht auch nur annähernd verstehen“ lasse, fordert gar Wolfgang Streeck, der ehemalige Berater von Gerhard Schröder, in „Gekaufte Zeit“ (2013). Die grundsätzlichen Widersprüche des Kapitalismus – die Ausbeutung und Verwüstung von Mensch und Umwelt durch den Zwang zur Akkumulation – und seine Transformation und Überwindung werden seit Ausbruch der Krise wieder verstärkt thematisiert.

Und auch im Feld institutioneller Politik entfaltet sich die Hegemoniekrise des Neoliberalismus. Auch wenn es auf den ersten Blick nicht so scheinen mag, belegen dies auch die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014. In „Westeuropa“ strafte die Bevölkerung weitgehend jene Regierungsparteien ab, die sie für die Umsetzung der beiden Säulen der neoliberalen Krisenpolitik, kompromissloses Sparen im öffentlichen Sektor sowie Lohn- und Sozialdumping für mehr Wettbewerbsfähigkeit, verantwortlich macht. Im konservativen Lager bedeutete dies etwa in Spanien, Italien und Griechenland Verluste zwischen 10 und 20 Prozentpunkten der WählerInnenstimmen. Die an der Umsetzung der neoliberalen Krisenpolitik beteiligten Sozialdemokratien, fanden sich gar teilweise als Kleinparteien wieder, die zwischen 6% und 14% zum Liegen kamen – etwa in Finnland, Frankreich, Irland und den Niederlanden. In „Osteuropa“ schlug sich die Kritik an der europäischen (Krisen-) Politik vor allem in einer äußerst geringen Wahlbeteiligung nieder. Am augenfälligsten ist dieser Trend in Lettland, einem jener Länder, die frühzeitig zu drastischen Sparmaßnahmen gezwungen wurden und in manchen Kreisen als Vorbilder für gelungene Sanierung gepriesen werden: Die Wahlbeteiligung brach um 24 Prozentpunkte ein. Die Wahlbeteiligung ging in nahezu allen „osteuropäischen“ Ländern stark zurück. In der Slowakei betrug sie gar nur noch 13%.

Auch der Aufstieg rechtsextremer Parteien lässt sich als Antwort auf die Krise des Neoliberalismus lesen. Derzeit vertritt etwa der Front National in Frankreich nicht nur eine Politik, die MigrantInnen zu den Sündenböcken gesellschaftlicher Fehlentwicklung macht, sondern hat partielle Forderungen fortschrittlicher Wirtschaftspolitik übernommen, etwa in der Kritik an der Austeritätspolitik. Da die Unterstützung für den Front National aber stark auf Kapitalfraktionen zurückgeht, die auf den nationalen Binnenmarkt orientiert sind, erfolgt die Übernahme von nicht-neoliberalen Positionen äußerst selektiv: Während z. B. auch sozial-ökologische Schutzzölle eingefordert werden, erhebt der Front National keinerlei Forderungen im Bereich von Vermögens- und Unternehmensbesteuerung, Mindestlöhnen und Arbeitsrecht.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass in jenen Ländern, in denen Parteien sich glaubhaft bemühen, an einer kohärenten fortschrittlichen Wirtschaftspolitik zu arbeiten, der Zuwachs der ex-

tremen Rechten schwach blieb. Während in Spanien und Griechenland die neuen Linksparteien 14 bzw. 22 Prozentpunkte dazugewinnen konnten, war der Zuwachs der Rechten gering. Das Lager der extremen Rechten in Griechenland wuchs nur um 3 Prozentpunkte an. In Spanien konnte sich neben der Partido Popular, welche mehr als 15 Prozentpunkte verlor, keine extremrechte Partei neu etablieren.

Dass sich die beschriebenen Umbrüche der letzten Jahre noch kaum auf die europäische Politik übertragen und bisher nicht dazu führen, dass das „Weiter wie bisher“ brüchig wird, lässt sich mit den tiefen Spuren erklären, welche die neoliberale Integrationsweise in den europäischen Strukturen hinterlassen hat – Pfadabhängigkeiten, von denen nur unter erheblichen Anstrengungen abgewichen werden kann.

Einen zentralen Teil der damit angesprochenen Strukturen bildet der neue Konstitutionalismus (Stephen Gill): Seit spätestens Mitte der 1980er-Jahre gelang es einem neoliberalen Reformbündnis aus Unternehmerverbänden, Finanzbranche, EU-Kommission, nationalen Finanzministerien, neoliberalen Staatschefs und der Europäischen Zentralbank, monetaristische und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik in der europäischen „Verfassung“ zu verankern und dadurch vor ihrer Infragestellung durch Kritik und Protest zu bewahren: Die Refinanzierung von Staaten darf nur über die Finanzmärkte erfolgen, die gemeinsame Besteuerung von Unternehmen, Kapital- und Finanztransaktion kann nur einstimmig beschlossen werden, Marktfreiheiten dürfen nicht beschränkt werden, und ein rigides Set fiskalischer Regeln (insbesondere der Stabilitäts- und Wachstumspakt) erschwert expansive Investitionen in öffentliche, soziale und ökologische Infrastruktur – und damit sind bei Weitem noch nicht alle neoliberalen Arrangements der europäischen „Verfassung“ aufgezählt.

Vor dem Hintergrund des wegbrechenden Konsenses hat sich der neue Konstitutionalismus autoritär transformiert: Während die angeführten neoliberalen Normen vor der Krise noch ordnungsmäßig durch Änderungen der europäischen Verträge verabschiedet wurden, erleben wir seit der Krise systematische Umgehung durch Völkerrecht (wie beim Fiskalpakt) und Verordnungen ohne Kompetenzgrundlage (wie im Fall der „New Economic Governance“) sowie ausufernde Verordnungsermächtigungen der Europäischen Kommission (wie etwa im Lamfalussy-Prozess).

Alle Indikatoren weisen darauf hin, dass wir in den kommenden Jahren mit einer Fortsetzung dieses autoritären Konstitutionalismus rechnen müssen. Vor dem Hintergrund des Problemdrucks, der vom ökonomischen, ideologischen und politischen Feld ausgeht, lässt sich neoliberale Politik kaum noch demokratisch durchsetzen. Dementsprechend hielt der scheidende Präsident des Europäischen Rates zuletzt

fest, dass der weitere Umbau der Wirtschafts- und Währungsunion ohne Änderung der Verträge geschehen müsse, andernfalls könnten Referenden zu unerwünschten Niederlagen und Blockaden führen. Und auch der neue Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker lässt in seinen Leitlinien für die nächste Kommission keine Zweifel, dass er die „Wettbewerbsfähigkeit Europas“, die genaue „Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes“ und „weniger Regulierung und mehr Flexibilität“ mit allen Mitteln durchsetzen möchte – notfalls auch abseits der europäischen „Verfassung“. Anders kann seine Forderung nach Verträgen für Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des ersten Jahres seine Amtszeit nicht verstanden werden. Denn die Verfassung sieht eine Kompetenzgrundlage für Verträge über Strukturreformen (etwa im Bereich des Sozial-, Pensions- und Arbeitsrechts) im Gegenzug zu finanziellen Anreizen schlicht nicht vor.

Die Prognose einer Fortsetzung des autoritären Konstitutionalismus erstellte auch jüngst in der FAZ Jürgen Habermas (29.5.2014): Die Regierenden würden die „Schotten dicht machen“, um eine „übergriffige exekutive Macht, die sie in den Jahren der Krise auf dem Wege demokratischer Selbstermächtigung ausgebaut haben“, gegen ihre Infragestellung abzusichern.

Gleichzeitig deuten sich aber auch punktuelle Zugeständnisse an. Ein Projekt, das wohl unterstützenswert ist, ist das 300 Milliarden-Investitionspaket, das Kommissionspräsident Juncker im Europaparlament angekündigt hat. Es müsste rasch mit konkreten Inhalten gefüllt und dann sofort Nachfrage schaffend umgesetzt werden. Zum Teil nehmen die Zugeständnisse jedoch auch problematische Formen an. Etwa wenn die europäischen FinanzministerInnen im Juni 2014 einen Vorschlag debattierten, der mit Hinweis auf die Krise in der Ukraine für die Ausnahme steigender Militärausgaben aus der Defizitberechnung argumentierte. Schließlich seien mit der Zunahme militärischer Konflikte genau jene „außergewöhnlichen Umstände“ erreicht, welche man laut Fiskalpakt mildernd berücksichtigen dürfe.

Wenn man aber praktisch mit dem „Aberglaube brechen möchte, dass die Wahrheit sich selber Bahn breche“ (Ernst Bloch), stellt sich die Frage, wie eine Wende hin zu einer sozialen und ökologischen Transformation der europäischen Wirtschaft gelingen kann? Wer daran glaubt, dass sie allein durch eine Neuzusammensetzung des politischen Personals gelingen kann, ist zuletzt durch François Hollande enttäuscht worden, der im Jänner 2014 mit seinem „Pakt für Verantwortung“ endgültig auf die neoliberale Wettbewerbsorientierung eingeschwenkt ist und im August den Rücktritt der Regierung erzwang, um die letzten KeynesianerInnen von Ministerämtern zu entfernen. Auslöser waren die letzten Worte Arnaud Montebourgs als Wirtschaftsminis-

ter: „Selbst wenn die Franzosen für die französische Linke votieren, wählen sie das Programm der deutschen Rechten! Das ist inakzeptabel.“ Diese Entfernung kritischer Stimmen von Ämtern oder Mandaten ist kein Einzelfall in Europa. Vor dem Hintergrund des steigenden Problemdrucks lässt sich neoliberale Regierungspolitik, wie bereits erwähnt, zunehmend nur noch autokratisch durchsetzen.

Aus der Beobachtung dieser Prozesse lässt sich ableiten, dass über Jahre etablierte, neoliberale Pfadabhängigkeiten nur durch Druck eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses aufgebrochen werden können. Gerade weil sich Wahrheiten nicht selbst zum Durchbruch verhelfen, stehen die UnterstützerInnen einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik vor der Herausforderung, ein Mosaik zusammenzusetzen, das kritische Wissenschaft, soziale Bewegungen, die Gewerkschaften und linke Parteien grenzüberschreitend zu einem kohärenten Projekt zusammenfügt, das in der Lage ist, eine Alternative zur herrschenden Politik aufzuzeigen.

Die wichtigsten Elemente eines derartigen Kurswechsels wären:

- die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung in den Mittelpunkt europäischer Politik zu stellen;
- den weltweit einzigartigen europäischen Sozialstaat als Modell einer fairen Gesellschaft zu bewahren und ihn weiterzuentwickeln, indem soziale Dienstleistungen und öffentliche Infrastruktur ausgebaut werden, um allen sozialen Schichten gleichen Zugang zu essenziellen Leistungen zu ermöglichen;
- die Spielräume der Fiskalpolitik zur Bekämpfung von Deflation und Massenarbeitslosigkeit zu erhöhen, etwa indem die Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen wieder ermöglicht wird („Goldene Regel“);
- die Finanzmärkte streng zu regulieren und zu verkleinern, um die Realwirtschaft zu fördern und wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu ermöglichen;
- die Transparenz über die Verteilung von Vermögen und Einkommen zu erhöhen, Steueroasen zu schließen sowie Vermögensbestände und Erbschaften zu besteuern, um den finanziellen Spielraum für sozial- und beschäftigungspolitische Aufgaben wiederzugewinnen, Demokratie und Freiheit zu bewahren und eine faire Gesellschaft zu schaffen;
- die demokratischen Mitbestimmungsrechte der BürgerInnen und der Parlamente zu schützen, auch und gerade in Fragen der Wirtschaftspolitik.